

Pöfener Zeitung.

Einundneunzigster Jahrgang.

Donnerstag, 7. Februar.

1884.

Annahme-Bureau.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17.)
bei C. F. Krizi & Co.
Breitestraße 20,
in Grätz bei J. Streifand,
in Reseritz bei H. Matthias,
in Breschen bei J. Jabschn.

Annahme-Bureau
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Samburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei C. F. Junke & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Grätz
beim „Invalidendank“.

Nr. 95.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal
ercheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaltene Zeile ober deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 6. Febr. Der Kaiser hat den Regierungs-Meffior Hübsch zum kaiserlichen Regierungsrath in der Verwaltung von Elsaß-Lothringen ernannt.
Der Privatdozent Dr. Albrecht Budge zu Greifswald ist zum außerordentlichen Professor in der medizinischen Fakultät der dortigen Universität ernannt worden.
Der seitberige kommissarische Verwalter der Kreis-Wundarztstelle des Kreises Büren, praktische Arzt Dr. med. Spanden zu Büren, ist definitiv zum Kreis-Wundarzt des Kreises Büren ernannt worden.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.
42. Sitzung.

Berlin, 6. Febr. Am Ministertische: v. Gögler.
Präsident v. Kölller eröffnet die Sitzung um 11 1/2 Uhr.
Die zweite Verathung des Etats des Kultusministeriums wird fortgesetzt.

Zu Kap. 121 (Elementar-Unterrichtswesen) Tit. 1 (Befolgungen 2 059 339 M.) erhält das Wort
Abg. Seyffardt (Gresfeld): Abg. Dr. Windthorst hat wiederholt in Düsseldorf und hier im Hause den „Kampf um die Schule“ für befähigt erklärt. Was immer die Regierung der katholischen Kirche konzedirt hat, ist Alles verlorene Liebesmüh gewesen, denn durch den Abg. Windthorst hat das Zentrum erklärt, nach jedem Frieden über einzelne Konfliktgegenstände werde es wieder rufen: „Es lebe der Kampf um die Schule; der alte Kampf ist todt, es lebe der neue Kampf!“ Das Zentrum will sich die Schule erobern für seine Zwecke. Abg. Dr. Windthorst hat wohl ausgesprochen, Religion müsse in die Volksschule kommen — in der That aber handelt es sich nur um politische Macht. Alle Anfeindungen Windthorst's gegen unsere Volksschulen dienen nur dem einen Zwecke, die Schule wieder unter die Leitung der katholischen Kirche zu bringen. Dies würde aber keinen Segen für unsere Volksschulen bedeuten. Entgegengesetzt verhält sich der Kultusminister, die altpreussische gute Tradition tritt wieder in Kraft. Der Herr Minister will die Bestimmungen vom Jahre 1872 durchführen, denn sie sind eine großartige Leistung, auch nach der Meinung des Ministers. Die Kreisinspectoren erfahren durch dieses erfreuliche Auftreten, daß sie nicht auf den Auslieferung gesetzt werden sollen, daß den gegen sie offen und versteckt erhobenen Anfeindungen nicht Folge gegeben werden soll. — Abg. Dr. Berger beklagt stets, daß in den Volksschulen zu vielerlei, Abg. Mooren, daß zu viel gelehrt würde. Aus den Klagen und Anfragen der beiden Herren wird die Regierung hoffentlich Anlaß nehmen, die Resultate der Volksschulen klar zu legen. Inzwischen aber kann ich dem Abg. Berger aus meiner Erfahrung konstatiren, daß in den Volksschulen durch die Behandlung der Realien der Unterricht der Religion keineswegs leidet. Die Reden des Abg. Mooren kann ich nicht immer völlig ernst nehmen. Seine Befürchtungen, daß der Schulzwang der Mädchen über 12 Jahren in sittlicher Beziehung schaden könnte, bestehen doch nur in seiner Fantastie. — Ich weiß recht wohl, daß in Oesterreich von den Freunden des Zentrums die Schulzeit verkürzt worden ist — aber Oesterreich ist nicht Preußen und nicht Deutschland. Aber wenn die Herren vom Zentrum trotz des Syllabus sich zu dem allgemeinen Stimmrecht für Deutschland bequem haben, so werden sie wohl trotz des Syllabus und der Agitation ihrer Genossen in Oesterreich sich zur Förderung der Volksschulen in Deutschland entschließen müssen, und nicht mit dem Abg. Mooren zusammen gehen wollen. Sollte ich mich aber darin täuschen, so erwarte ich, daß die anderen Parteien einträchtig einsehen für die Aufrechterhaltung einer Ergründungsschaff, die vor allen Kulturvölkern uns auszeichnet. (Beifall links.)
Abg. Mooren: Die Rede des Abg. Seyffardt war keine neue, es war keine alte gewohnte Schultrede. Ich will dem Vordredner auf seine persönlichen Angriffe nicht antworten; was er gegen den Führer des Zentrums gesagt hat, darauf wird Excellenz Windthorst ihm besser selbst antworten. (Heiterkeit.) — Redner wirft der Gesetzgebung des Ministers Fall vor, daß sie die Politik in die Schule getragen und dadurch die Volksschule politischen Strömungen preisgegeben. Familie, Kirche und Gemeinde aber aus der Volksschule verbannt habe. Zum Beweise, wie sehr Politik und Schule verquickt worden, verliest Redner einen Erlaß der Düsseldorf'schen Regierung aus dem Beginn des Kulturkampfes. Eine Kabinettsordre vom Jahre 1825 besagt, daß die Schüler entlassen werden sollen, sobald der Seelforger sie für unterrichtet genug hält. Diese Ordre wird aber gar nicht weiter beachtet. Der Staat läßt durch den Schulzwang ein geistiges Monopol aus; der Unterricht wird so lange ausgedehnt, daß Schule und Kaserne fast zusammen fallen. Der Unterricht ist viel zu detaillirt, z. B. über die Affen (Heiterkeit links), es müssen theure Lehrbücher angeschafft und nach kurzer Zeit wieder durch andere ersetzt werden. So ist es denn jetzt dahin gekommen, daß die Eltern und Kinder sich nicht mehr verstehen, daß die Kinder sich der Eltern schämen. (Widerspruch links.) Dabei werden die Leistungen der Schule immer geringer, es wird ein geistiges Proletariat herangebildet, welches einst auf den Barricaden kämpfen wird. (Gelächter links.) Ich ersuche den Herrn Minister dringend, die Kabinettsordre vom Jahre 1825 wieder zur Geltung zu bringen und beantrage Verkürzung der Schulzeit von acht auf sieben Jahre. (Beifall im Zentrum.)
Abg. Seyffardt (Wienig): Ist sittlicher Geist nicht in der Familie, so kann freilich die Schule ihn den Schülern nicht anerkennen. Es ist durchaus Uebertreibung, wenn der Vordredner behauptet, Kinder und Eltern verstehen sich nicht mehr. Die allgemeinen Bestimmungen vom Jahre 1872 sind von allen Lehrern als gut und segensreich anerkannt. Ich habe in manigjähriger Thätigkeit keinen Vater und keine Mutter kennen gelernt, die die geistige und sittliche Förderung des Kindes durch die Schule nicht anerkannt oder eine Verkürzung der Schulzeit verlangt hätte. (Sehr richtig! links.) Es ist ein sehr gefährliches Experiment, die Kinder schon mit dem 13. Jahre aus der Schule zu nehmen. (Sehr richtig! links.) Die Schulbildung ist von Jahr zu Jahr besser geworden; unser Schulwesen hat einen schweren Kampf gekämpft bis es auf diese Höhe gekommen. Mitteln Sie an dem Schulzwang, so rütteln Sie an den Grundsteinern des Preussischen Staates! (Beifall links.) Freilich muß noch mehr für die Schule gethan und ihr mehr Mittel gewährt werden. Ich möchte aber bitten,

daß man uns nicht allein auf den Eingang neuer Steuern verweist, denn das hieße, die Sache ad calendae Graecas vertagen. Eine größere Dotirung der Schule ist aber durchaus notwendig; sie liegt im Interesse Aller und besonders der Unterrichtsverwaltung. — Das Gesetz über die Unterbringung sittlich verwaarloster Kinder ist von der Schule freudig begrüßt worden, denn sie hat durch die Entfernung solcher Kinder von der Schule den größten Nutzen. Aber das Gesetz betrifft nur bereits sittlich verwaerloste Kinder, während es viele Kinder in der Schule giebt, die sichtlich dem sittlichen Untergange entgegengehen. Ein Gesetz für diese Kinder fehlt aber gänzlich. Der Nutzen den eine zweckmäßige Bestimmung für diese unglücklichen Kinder bringen würde, ist so groß, daß die Lasten, die dadurch herbeigeführt werden, gar nicht in Betracht kommen. Es handelt sich um Erhebung der Sittlichkeit und da kann kein Bedenken und keine Last uns beeinflussen, das was als nöthig erkannt, auch zu thun. (Beifall links.)

Abg. Knörcke: Die Erklärungen, die über das Schuldotations- und Pensionsgesetz vom Regierungstische aus gegeben worden sind, können mich nicht völlig beruhigen. Von dem Kultusminister freilich wird sicherlich Alles gesagt, was in seinen Kräften steht — es fragt sich nur, ob sein guter Wille auch an anderen Stellen durchdringen wird. Schon seit 80 Jahren spricht man befähigt von Schulgesetz, Dotations- und Pensionsgesetz, ohne daß bisher damit Ernst gemacht worden wäre. Jetzt ist nun auf's Neue ein Dotationsgesetz ausgearbeitet worden; ich halte mich aber, wenn der Kultusminister nicht ganz bestimmte Erklärungen abgibt, für verpflichtet, bei nächster Gelegenheit unserer Forderungen auf Gehaltszulagen und Pensionen zu stellen. Ich richte also an den Herrn Minister die Bitte, diesem Hause nun eine Erklärung über das in Aussicht gestellte Dotationsgesetz zu geben.

Abg. Freib. v. Jedlig (Mühlhausen): Meine Fraktionsgenossen sind darin einig, daß an dem Schulzwang, an der Schuldauer etc nicht gerüttelt werden darf. Bedauerlich erscheint es mir, daß die im Decbr. v. J. in Aussicht gestellte Schulversammlungsfrage noch nicht eingereicht werden kann. Der Grund liegt darin, daß man erst das Schuldotationsgesetz geben will, denn zwei solche große Vorlagen sind für eine Session zu viel. Prinzipiell und materiell ist ja doch aber das Schuldotationsgesetz wichtiger. Wir müssen endlich dahin kommen, daß auch auf dem Lande leistungsfähige Faktoren gefunden werden, welche lebensfähige Schulorganisationen ermöglichen. Die Schullasten sind auf dem flachen Lande außerordentlich hoch, verhältnismäßig viel höher als in Berlin, dessen Schulwesen mit Recht als musterhaft bezeichnet wird. Eine bessere Vertheilung der Schullasten zwischen Staat und Kommune erscheint also durchaus notwendig. Das Eintreten des Abg. Knörcke für das Dotationsgesetz begrüße ich freudig — er wird dann wohl aber auch die Mittel dazu bewilligen müssen. Es nohm sich ganz sonderbar aus, als früher ein Dotationsgesetz vom Fortschritt verlangt wurde und es dann hieß: „Diesem Ministerium keinen Groschen.“ Die Vetheiligung des Staates muß durchaus eine größere werden, damit sowohl die Zahl der Schulen noch zunimmt, als auch den Emeritirten endlich die erforderlichen Unterstüzungen zu Theil werden können. Freilich müßten dazu auf dem Wege der Besteuerung die Mittel geschaffen werden; ich hoffe, daß auch der Finanzminister bei dem Schuldotationsgesetz Veranlassung nehmen wird, mehr Mittel dadurch zu gewinnen, daß er eine höhere Besteuerung des Brauntweins eintreten läßt.

Minister v. Gögler: Das Gesetz über den Schulzwang und die Schulversammlungen ist in der That wegen des Dotationsgesetzes zurückgelegt worden. Ich nehme dem Abgeordneten Knörcke seine resignirte Sprache gegenüber diesem Gesetze nicht übel, aber etwas beruhigen kann ich ihn doch darüber, ob das Gesetz vorgelegt werden wird oder nicht. Denn hier ist das Material dazu. (Der Minister zeigt eine Druckchrift. Heiterkeit.) Gegenüber den Ausführungen des Abg. Mooren wiederhole ich, daß meine Anschauung über die Volksschule dieselbe ist, wie im vorigen Jahre. Die größte Aufgabe eines preussischen Kultusministers ist die Weiterführung der Volksschule — mit der Größe und Emsigkeit der Angriffe ist meine Ueberzeugung von der Nichtigkeit der Volksschule gemachen. (Beifall links.) Abg. Mooren hat davon gesprochen, daß die Volksschule ohne christliche Anschauung vegetire. Ich habe bei meinen vielfachen Revisionen der Volksschulen stets eine durchaus christliche Anschauung vorgefunden. Es wird immer so gethan, als ob ein früherer Minister der Religion feindlich gewesen wäre. Ein nicht evangelischer Autor, der Erläuterungen zur preussischen Volksschulgesetzgebung geschrieben hat, konstatirt aber ausdrücklich: der Religionsunterricht ist in der Volksschule nicht ein Gegenstand neben anderen, sondern steht allen übrigen Disziplinen voran. — Wir sind der Meinung, daß ein rechter Volksschullehrer alle Unterrichtsgegenstände mit seiner religiösen Grundanschauung durchdringen muß, ohne deshalb stets mit Bibelsprüchen und Gesangsbuchversen zu operiren. Im Gegentage zu dem Abg. Seyffardt möchte ich behaupten, daß der Schule auch denjenigen Schülern Sittlichkeit anerkennen muß und kann, deren Familie ihnen keinen sittlichen Gehalt gewähren kann. Unsere Volksschule muß ja mit allen möglichen Verhältnissen rechnen; sie erhält tausende von Kindern, deren Sittlichkeit die Eltern geradezu vernichten. Wir wollen umgekehrt doch hoffen, daß durch unsere Volksschule die Kinder in sittlicher Beziehung die Eltern zu fördern befähigt werden. Jeder Lehrer muß sich erziehen zum Vorbild des Kindes. Gerade für das pädagogische Gebiet wiederhole ich das Wort, das ich schon einmal gesprochen: Wir müssen uns so anspannen, daß wir selbst den unglücklichsten Aufgaben gewachsen zu sein uns bemühen. — Eine Uniformität streben wir in unserer Volksschule keineswegs an, Bauer und Bürger werden nicht, wie Abg. Mooren meint, vollkommen gleichmäßig unterrichtet, das ginge ja auch pädagogisch gar nicht an. Die Regulative von 1872, gegen die so vielfach hier aufgetreten wird, sind doch nur die Quintessenz vieler einzelner, vorher gültiger Bestimmungen; sie widersprechen den Regulativen von 1854 keineswegs so völlig, wie oft geglaubt wird. — Wir werden daran festhalten, daß das 14. Lebensjahr den Abschluß des Schulunterrichts bilden soll. Wir glauben, daß, wenn jemand die Schule früher verläßt, er weder körperlich noch geistig dem Kampfe des Lebens gewachsen ist. (Sehr richtig links!) Es darf sich nicht um ein falsch verstandenes Interesse der Eltern und vielleicht der Fabrikanten handeln, sondern um das Interesse der Kinder. Daran müssen wir prinzipiell festhalten; daß in Ausnahmefällen Dispensationen zulässig sind, ist ja bekannt. Abg. Mooren hat die Kabinettsordre des Jahres 1825 mißverstanden; die Tendenz dieser Ordre wendet sich gegen das frühzeitige Verlassen der Schule und verlangt, daß der Seelforger ein zu frühes Aufgeben des Schulunterrichtes nicht zugeben solle. — Einige kurze Bemerkungen will ich noch zu der gestrigen Rede

des Abg. Zaruba machen. Sympathisch war mir die Aeußerung, daß die Oberschlesier keine Neigung zum Großpolenthum haben und sich freuen, Preußen zu sein. Das obereschlesische Idiom hat trotz Allem, was Abg. Zaruba gesagt nur eine qualitativ beschränkte Ausdehnung, es ist nur für den kle nen Mann ausreichend. Alle neuen Begriffe müssen durch deutsche Worte mit polnischen Endungen gedeckt werden. Gegenwärtig bestehen allerdings Zustände, die die Folge einer veränderten Praxis sind. Bis zum Jahre 1848 bestand nur ein katholisches Seminar, in Oberschlesien, in welchem kein Wort polnisch gesprochen wurde. (Hört, hört!) Die Oberschlesier erklärten damals, sich sehr wohl zu befinden. Seitdem, seit 1848 ist das geändert worden, es sind polnische Kurse eingerichtet, theils polnische Lehrer angestellt worden. Allmählig hat man dort den Anschluß an Großpolen gesucht, die Polonisirung ging bald soweit, daß deutsche Großeltern polnische Enkel hatten. Als Anfang der sechziger Jahre Erhebungen angestellt wurden, ergab sich, daß in Geseuden, die früher von deutschen Katholiken gekostet hatten, kein deutsches Wort mehr gesprochen wurde. (Hört, hört!) So ist denn also mit vollem Recht die Gesetzgebung endlich dagegen aufgetreten. In einer Gemeinde, die nur 5 Prozent polnische Katholiken enthält, wurde immer an drei Sonntagen polnisch, an dem vierten erst deutsch gepredigt. So zeigt sich also, daß ein großer Theil der Ausführungen des Abg. Zaruba durch die thatsächlichen Verhältnisse nicht unterstützt wird. Der Religionsunterricht ist in Oberschlesien jetzt derart eingerichtet, daß in normalen Verhältnissen jedes Kind in deutscher und in polnischer Sprache Religionsunterricht erhalten kann. Normale Verhältnisse herrschen freilich in Oberschlesien auf dem Schulgebiete nicht überall. Diese normalen Zustände herbeizuführen, soll das Schuldotationsgesetz mitwirken. Zeigen Sie also dem Schuldotationsgesetze ein reiches Herz und eine offene Hand. (Beifall rechts.)

Abg. v. Stabrowski behauptet, das Vethören der Regierung gebe dahin, daß die Polen ihre Muttersprache verlieren. Die Mittheilung des Ministers, daß bei 95 Prozent deutscher Katholiken und 5 Prozent polnischer 3 Mal polnisch und 1 Mal deutsch in der Woche gepredigt worden sei, könne er nicht für richtig annehmen, da sich eine solche Ueberzahl Deutscher ähnliches nicht gefallen lassen würde. Bei der Kindererziehung die Muttersprache abzuschaufen sei widersinnig. Die Oberschlesier verlangen vor allem Ertheilung des Religionsunterrichtes in polnischer Sprache und Unterricht mindestens im polnisch Lesen und Schreiben. Eine weitere Agitation läge durchaus nicht vor. Es sei aber ein zu großes pädagogisches Kunststück ein 6 jähriges polnisches Kind in einer ihm fremden Sprache zu unterrichten. Die Erfolge dieser Schulbildung hätten die Regierung doch ein wenig flugig machen können. Selbst die deutsche Bevölkerung sei daran irre geworden und sogar die „Post“, früher eifrige Vertreterin des Fall'schen Systems spricht jetzt mannigfache Bedenken aus. — Dieser Unterschied der Nationalitäten im preussischen Staate habe demselben noch nie geschadet; im Napoleonischen Kriege hätte Preußen gerade in Oberschlesien seine meiste Widerstandskraft gefunden. Daher müßte auch den Polen das gleiche Recht gegeben werden, anstatt dessen schätze man immer polnische Agitation vor. Die polnische Bevölkerung denke aber an keine Respiration (Obst rechts), menschlich natürlich die Maßregeln der preussischen Regierung tiefse Mißstimmung hervorgerufen hätten. Das bezeugten die zahlreichen Petitionen um Einführung des Polnischen als Unterrichtsprache. Es wäre daher wohl angezeigt, durch eine Enquete die Erfolge dieses Systems namentlich auch im Deutschen festzustellen; aber man wolle es vielleicht nicht. Wenn die Majoren und Littbauer Erleichterungen im Unterricht erbielten, so sei das der Polen ebenfalls billig; sie würden jedoch stets unterdrückt. Redner richtet die Anfrage an die Regierung, aus welchen Gründen denn in Westpreußen der Religionsunterricht im Polnischen auch in den untersten Schulen abgeschafft sei. Mit solchen Maßregeln verwechsle die Regierung die Aufgabe der religiös sittlichen Erziehung mit der Rolle von Uebersetzungen und Anstreichen. (Beifall bei den Polen.)

Abg. v. Tiedemann-Bomst beleuchtet die Mißstände im Schulwesen in der Provinz Posen. Es seien wegen Ueberfüllung der Schulen 5400 Kinder ohne Unterricht und da hauptsächlich konfessionelle Schulen vorhanden seien, so wäre eine nicht unbedeutende Minorität der Kinder ohne Religionsunterricht. Daher bitte er für diese Minorität wenigstens besondere Lehrer anzustellen. — So lange der Staat als deutscher bestche, müsse auch seine Sprache allen seinen Bürgern bekannt sein, das erfordere schon die allgemeine Wehrpflicht. Bei Einführung der polnischen Sprache würden auch die deutschen Katholiken bei dem Einfluß der Geistlichkeit in die polnischen Schulen getrieben werden. Die deutsche Sprache werde auch nicht durch Grammatik, sondern durch die Uebung gelernt, und sei überhaupt noch kein Widerspruch gegen die Erlernung des Deutschen von Seiten der Eltern erhoben worden. Die Germanisirung sei nicht in dem Sinne des Vordredners gemeint, sondern ziele nur auf Ausbildung guter Patrioten. Allerdings würde niemals erreicht werden können, daß die Polen sich völlig als deutsche Staatsbürger betrachteten. Ihr Streben gehe nur dahin, womöglich einen Kampf zwischen Rußland, Oesterreich und Deutschland herbeizuführen, um dann vielleicht ihre Selbständigkeit wieder zu erlangen. Wenigstens müsse er das aus Zwischenrufen des Abg. Kantak schließen.

Geh. Rath Rügler erklärt ebenfalls, die Absicht der Regierung sei durchaus nicht, daß die Kinder die polnische Muttersprache verlieren. Die deutschen Katholiken in den polnischen Gegenden seien aber viel zahlreicher als von den Polen gegagt würde. Es seien auch Erhebungen darüber angestellt worden, wieviel Familien sich des Deutschen bedienten; danach allein könne eine Entscheidung betreffs der Nationalität getroffen werden. Der Wille der Eltern dürfe dabei nicht in jedem Falle berücksichtig werden, wenn es vorläme, daß ein Bauer Durel selbst erklärt, er könne im Polnischen sich weder mündlich noch schriftlich ausdrücken, wolle aber seine Kinder polnisch erziehen lassen. Dagegen würden den deutschen Katholiken mannigfache Schwierigkeiten bereitet und es habe erst einer mehrmaligen Rathung des Erzbischofs bedurft, um ihnen die Weichte in deutscher Sprache zu gestatten. Ebenso werde die Abhaltung deutscher Predigten vielfach von einer staatlichen Bezahlung abhängig gemacht. Nicht richtig sei es, daß beim Religionsunterricht die Kinder nach den deutschen oder polnischen Namen fortirt wurden und danach den Unterricht in der entsprechenden Sprache erbielten. Es werde vielmehr stets nach der Nationalität geschieden, so daß eine große Menge Kinder mit deutschen Namen überhaupt keinen Anhalt geben, da das Streben der Geistlichkeit dahingehe, alle deutschen Namen zu polonisiren, also gerade das Gegentheil früherer Vorwürfe! Dieselben würden entweder in der Orthographie verändert oder gar in das Polnische überjert.

So hätte man aus Dach — Dachlewis gemacht, aus Verschle, einem Provinzialismus für Paris, sei polnisch Kochuniewski geworden. Es ließen sich aus diesem Grunde auch durchaus keine Schlüsse ziehen auf die vorhandene Anzahl deutscher Katholiken. — Die Vorkämpfe gegen die Rekrutenbildung in Posen seien unbegründet. 1871 kurz vor Einführung der neuen Unterrichtsordnung seien unter 10 000 Rekruten 4490 Alphabeten, in Inowrazlaw 1870 von den Ortsvorstehern 26 Proz. nicht genügend mit Lesen und Schreiben vertraut gewesen, um allein ihr Amt zu versehen. Das habe sich jetzt bedeutend gebessert und seien diese Zahlen bis auf ca. 12 Prozent heruntergegangen. Der Grund für diese Mängel liege vor Allem auch in der Ueberfüllung und dem Mangel an Schulen, dem abzuhelfen, die Unterrichtsverwaltung fortgesetzt bemüht sei. Doch erfahre sie dabei von der polnischen Presse die schärfsten Angriffe und die größten Verdächtigungen. Ja, es wurde gesagt, besser gar kein Unterricht als ein solcher! Hätte man unsere deutsche Volksschule auf gleiche Weise behandelt, so würden wir nicht mit unserem jetzigen Stolz darauf blicken können. (Bravo! rechts.)

Abg. Richter: Ich freue mich, daß der Abg. Freiherr v. Zedlitz die Mittel für das Schuldotationsgesetz aus der Brantweinsteuer zu geminnen denkt. Eigentümlich aber hat es mich berührt, wenn er sagt, daß von der linken Seite ein solches Gesetz verlangt, aber zugleich gesagt werde: dieser Regierung keinen Groschen! Ich bitte ihn jedenfalls, den Namen des Redners von dieser Seite zu nennen und auch die Zeit näher zu bezeichnen, wann jenes Wort gefallen sein soll. — Der Herr Minister — den ich leider wieder abwesend sehe (Weiterkeit), sagte auf eine Anfrage wegen des Gesetzes, indem er ein Blatt Papier vom Tische nahm, um seine Unruhe zu verbergen, hier ist das Gesetz. Ich will über diese Form der Antwort nicht rechten (ob! rechts). Ich glaube, daß es zweckmäßiger gewesen wäre, lieber gar keine Antwort zu geben als diese (ob! rechts). Die Steuervorlage des Herrn Minister v. Bitter wurde uns damals auch gezeigt, und trotzdem hat dies Gesetz niemals das Licht der Welt erblickt. Daher kann ich nur bitten, daß sich das Gesetz bald vorgelegt werde. Seit 4 oder 5 Jahren wird uns erklärt, daß die Frage einer Lösung bedürftig, in zwei Thronreden ist sie uns angelündigt, jetzt wird es uns nur von Weitem gezeigt. Ist Herr v. Zedlitz unter diesen Umständen der Meinung, daß wir dies schwierige Material noch in dieser Session erledigen können? Denn schwierig muß es doch sein, wenn man im Ministerium so lange zur Fertigstellung gebraucht hat! Was hilft es uns denn, den Etat zu beschreiben, wenn uns das Gesetz für diese Session versprochen wird, über seinen Inhalt jedoch nichts verlautet? Wir wünschen, daß wenigstens der eine Punkt erledigt werde, der für alle gleich peinlich ist, die Frage der Pensionierung. Ich hatte die Erhöhung der Staatsposition um 100 000 M. gehofft, damit die Minimalpension auf 600 M. festgesetzt werden könne. Die Antwort des Herrn Ministers läßt mich aber annehmen, daß in diesem Punkte Vorsicht für die Reichssteuerreform geübt werden solle. — Die Regierung behauptet weiter, die Fonds reichen dazu nicht aus, andererseits aber werden uns hier Ersparungen vorgerechnet. So ungern ich dergleichen thue, so erkläre ich doch, daß wir bei Tit. 29 einen Antrag einbringen werden, die Summe von 700 000 M. um 100 000 M. zu erhöhen. Ebenso behalte ich mir weitere Anträge in Betreff der Alterszulage vor.

Die Debatte wird geschlossen.
In persönlicher Bemerkung erklärt Abg. Freiherr v. Zedlitz, er hätte bei der Aeußerung: „diesem Ministerium keinen Groschen“, nicht an den Abg. Richter, sondern an den Abg. Richter gedacht.

Abg. Richter: Eine Aeußerung: „diesem Ministerium keinen Groschen“, habe ich nie gethan, ich habe immer für den Etat gestimmt. Als 1879 für die neuen Steuerprojekte auf die Bedürfnisse der Lehrer und Schulen hingewiesen wurde, sagte ich, wenn die Steuern auch bemilligt würden, würden die Lehrer und Schulen doch nichts bekommen. Die Steuern sind bemilligt, die Lehrer haben nichts bekommen, also ist es genau so eingetroffen, wie ich es gesagt habe. (Weiterkeit.)

Abg. Kantal protestirt gegen die Behauptung des Abg. v. Tiedemann, daß die Polen einen Kampf zwischen Rußland, Oesterreich und Deutschland herbeiführen wollen.

Der Titel wird hierauf bewilligt, ebenso die Titel 1—22, mit Ausnahme einiger kleiner Positionen in den einzelnen Titeln, welche auf Antrag des Abg. Franke nochmals der Budgetkommission zur Berathung und event. Erhöhung übergeben werden.

Bei Kap. 121 (Elementarschulen) beantragen

Abg. Drape und Genossen, die Staatsregierung zu ersuchen, in den Elementarschulen, welche nicht Halbtagsschulen sind, soweit es die örtlichen Verhältnisse erfordern, den Unterricht an den Nachmittagen fortfallen zu lassen und ausschließlich in die Vormittagsstunden zu verlegen.

Abg. v. Wedell-Piesdorf erkennt an, daß die landwirthschaftlichen Verhältnisse oft eine Beschränkung des Unterrichts auf den Vormittag, wie der Antrag Drape es will, rathlich erscheinen lassen. Aber welches sind die „örtlichen Verhältnisse“, von denen der Antrag spricht. Das wird hier im Hause schwer festgestellt werden können und deshalb beantrage ich, den Antrag Drape an die Unterrichtskommission zu verweisen.

Abg. Drape: Die kurze Zwischenzeit zwischen Vor- und Nachmittag ist für die großen Entfernungen auf dem Lande so gering, daß die Kinder entweder über Mittag in der Schule bleiben müssen oder zu Hause nur schnell ein Stück Brot und kalte Kartoffeln essen können. Diesem besonders in Westpreußen sehr fühlbaren Uebelstande könnte durch den Fortfall des Nachmittagsunterrichts leicht abgeholfen werden, ein fünfständiger Vormittagsunterricht, wie er an höheren Lehranstalten üblich, würde diesen Ausfall völlig decken. Kinder und Eltern hätten große Vortheile in jeder Beziehung von einer solchen Aenderung, auch die Schulversammlungen würden seltener werden, während der Nachmittagsunterricht mit vielen Nachtheilen verbunden ist. Ich bitte Sie um Annahme des Antrages. (Beifall links.)

Abg. Löhren: Ich kann mich nur schweren Herzens entschließen, der im Etat verlangten Gründung von 19 neuen Kreis-Schulinspektoren zuzustimmen. Die Lasten, welche die ländlichen Gemeinden für die Schulen zu tragen haben, sind schon jetzt sehr bedeutende. Die ländlichen Gemeinden in Preußen haben jetzt schon 57 Millionen M. für Schullasten aufzubringen und nun sollen durch Begründung dieser 19 Stellen diese Lasten noch um 71,250 M. vermehrt werden. — Wenn wir trotzdem für diesen Mehrbetrag stimmen, so geschieht es aus ethischen und patriotischen Rücksichten, aus Liebe zum Volke, das wir unterrichtet und mit Patriotismus erfüllt zu sehen wünschen.

Abg. Dr. Windthorst: Ich stimme darin mit den Vorrednern überein, daß ich den Antrag des Abg. Drape an die Unterrichtskommission zu überweisen bitte. — Den Ausführungen des Abgeordneten Seyffarth will ich heute nicht entgegen treten — wenn nicht — hier, aber vielleicht in Krefeld (Weiterkeit.) Die Ausführungen des Abg. Löhren waren mir im Anfang sympathisch, aber — desist in piscum desormen. (Weiterkeit.) Wir müssen sparen lernen. Ich will auch, daß die Jugend gut erzogen wird, aber das geht auch ohne neue Kreis-Schulinspektoren. Was würden unsere Väter sagen, wenn sie hören würden, daß der Patriotismus erst durch die Schulinspektoren anergezogen werden kann. (Sehr richtig! im Centrum.) Früher brauchte man all diese Inspektoren nicht, da genügt die Geistlichen, die evangelischen und die katholischen. Die hat man freilich jetzt ausgeschlossen und braucht man behändig Geld. — Die Schulinspektion gehört zu den angeborenen Pflichten des geistlichen Amtes. (Gelächter links, Beifall im Centrum.) Das Landrecht hatte den Einfluß der Kirche auf die Schule wohl geordnet, Stahl hatte diesen Einfluß gerührt, und ich sage, wenn der Einfluß genommen wird, so herrscht Tyrannei. Ich bin gegen das Institut der Schulinspektoren, weil ihre Einführung den Beginn des Kulturkampfes bezeichnet. Dieses Institut muß wieder fallen. Ich bitte um Ablehnung der Position und begreife nicht, weshalb die Logik den Abg. Löhren nicht gleichfalls zur Ablehnung veran-

laßt hat. — Ich bitte den Minister, bei dieser Gelegenheit um ein Verzeichniß über die Konfession und den Berufsstand der Schulinspektoren; wir wollen wissen, wieviel evangelische Schulinspektoren katholische Schulen beauftragten. (Beifall im Centrum.)

Minister v. Götler: Abg. Löhren hat eine Reihe in sich so wenig kongruenter Behauptungen ausgesprochen, daß ich ihm gern entgegen würde, wenn die Zeit nicht so vorgezogen wäre. Abg. Windthorst hätte im Januarbesten der Unterrichtsverwaltung den von ihm gemütheten Nachweis finden können. Die Zahl der Kreis-Schulinspektoren beträgt gegenwärtig 932, darunter 720 Geistliche. Die Frage nach Vermehrung der Schulinspektoren ist eine rein praktische. Den größeren Ansprüchen an die Schule muß auch eine größere Aufsicht entsprechen. Daß die Lasten oft schwer empfunden werden, ist richtig, das gilt von allen Fragen, in denen es sich um ein höheres Ziel handelt. Aus rein technischen Gründen sind die Schulinspektoren nothwendig, das haben ganz streng konservative Herren, die mit ganz anderen Ansichten in ihr Amt eingetreten, bald eingesehen. Besonders in Ostpreußen, für welches 18 von den 19 in Aussicht genommenen Stellen bestimmt sind, sind die Pöfalgemeinden so groß, daß es sehr schwer ist, Geistliche für die Schulinspektion zu finden. Die Verpflichtung eines solchen Amtes ist doch eine sehr ernste und deshalb haben wir ungeachtet der Einwirkung der Konfessionen nur wenig Geistliche für dieses Amt finden können. Ich bitte Sie um Bewilligung der Mehrforderung.

Titel I (Schulinspektoren 750,000 M.) wird hierauf bewilligt.
Das Haus vertagt sich.
Nächste Sitzung: Heute Abend 8 Uhr. Tagesordnung: Kultusetat.
Schluß 4½ Uhr.

r. Stadtverordneten-Sitzung
am 6. Februar.

Anwesend sind 25 Stadtverordnete, und zwar die Herren Brodnić, Dr. Busli, Szapski, Fontane, Jädel, V. Jaffe, v. Jodziewski, Rantowicz, Kirfen, Klemme, König, Krontal, Dr. Landsberger, Dr. Lebinski, Ligner, Manheimer, Milch, Müller, Orgler, Dr. Rehfeld, Köstel, Rosenfeld, Schweiger, Victor, Ziegler; von Magistratsmitgliedern sind zugegen: Bürgermeister Herse, Stadtrathe Andersch, v. Schlebowski, Stadtbaurath Grüber, Jaffe, Dr. Lappe, Schmidt. — Bevor in die Tagesordnung eingetreten wird, macht der Vorsitzende, Stadtv. V. Jaffe, einige geschäftliche Mittheilungen. Danach ist in der gemischten Kommission von Magistratsmitgliedern und Stadtverordneten, welche beabsichtigt die Herbeiführung einer Verständigung in Betr. des beabsichtigten Umtausches zwischen einer der Stadt gehörigen Parzelle und Parzellen justizfiskalischer Grundstücke eingeleitet worden war, keine Einigung zu Stande gekommen. — Stadtv. Szapski berichtet über einen vom Magistrat eingegangenen dringlichen Antrag, in welchem die Verammlung ersucht wird, sich damit einverstanden zu erklären, daß ein Lehrer, welcher bisher in Leobschütz angestellt war, 35 Jahre alt ist, und bereits 15 Dienstjahre hinter sich hat, unter Anrechnung von 5 Jahren Dienstzeit hier angestellt werde mit 1200 M. Gehalt und 300 M. Wohnungsgeldzuschuß, und unter dieser Bedingung in die Gehaltskala einrücke. Dieser Antrag wird von der Verammlung, vorbehaltlich der Genehmigung in der nächsten Sitzung, angenommen.

Ueber die Krankenhauß-Rechnung pro 1881/82 berichtet Stadtv. Manheimer im Namen der Finanzkommission, und beantragt Ertheilung der Decharge, die auch gewährt wird.

Ueber die Servis-Rechnung pro 1881/82 berichtet im Namen der Finanzkommission Stadtv. Rosenfeld und beantragt Ertheilung der Decharge. Hierbei empfiehlt er, davon abzusehen, daß gemäß § 5 des Ortsstatuts vom 9. August 1882, betr. die Vertheilung der Quartierleistung für die bewaffnete Macht während des Friedenszustandes, der alljährliche Nachweis der bezug- und bewohnbaren Quartiere geführt werde, da einerseits dieser Nachweis erhebliche Kosten verursache, andererseits aber auch die Einquartierung in bürgerlichen Quartieren allmählig ganz aufhören solle. — Stadtv. Kirfen beantragt dagegen, daß dem § 5 des Ortsstatuts Genüge geleistet werde, nicht jedoch, nachdem auch Stadtv. Krontal sich im Sinne des Stadtv. Rosenfeld ausgesprochen, seinen Antrag zurück. Die Decharge wird hierauf ertheilt.

Es wird ferner im Namen der Finanzkommission berichtet über die Rechnung in Betreff der offenen Armenpflege und des Armen-Depositalfonds pro 1881/82 (Referent Stadtv. Brodnić), über die Rechnung, betr. die Waisenpflege pro 1881/82 (Referent Stadtv. Jädel), über die Rechnung in Betr. des Referendats der Wasserwerke pro 1882/83 (Referent Stadtv. Brodnić), über die Rechnung in Betreff der Wasser-Verwaltung pro 1882/83 (Referent Stadtv. Köstel), über die Rechnung in Betr. der Mittelschule pro 1882/83 (Referent Stadtv. Köstel), über die Rechnung in Betr. der Steuerklasse pro 1882/83 (Referent Stadtv. Dr. Lebinski), über die Rechnung in Betr. des Feuerlöschwesens pro 1881/82 (Referent Stadtv. Ligner), über die Kammereis-Depositalkasse-Rechnung pro 1881/82 (Referent Stadtv. Dr. Rantowicz). — Stadtv. Rosenfeld berichtet alsdann im Namen der Finanzkommission über die Rechnung der V. Stadtschule pro 1882/83, und beantragt Ertheilung der Decharge, die auch gewährt wird. Bei dieser Gelegenheit weist Stadtv. Mükel darauf hin, daß die bisherigen Räume für diese Stadtschule unzulänglich seien, man daran denken müsse, sich definitiv für einen Bauplatz zu entscheiden, um den Bau eines neuen Schulgebäudes in Angriff nehmen zu können; bis jetzt sei ein Einschulungsplan, wie ihn der Magistrat in Aussicht gestellt hatte, noch nicht eingegangen. Bürgermeister Herse erklärt dies damit, daß ein solcher Plan mehr Arbeit mache, als ursprünglich vorausgesetzt wurde; derselbe sei aber in Arbeit und werde, sobald er fertig sei, der Verammlung vorgelegt werden. — Weiter berichtet über die Rechnung in Betreff der Luientistung pro 1882/83, sowie über die Hundesteuer-Rechnung pro 1882/83 im Namen der Kommission Stadtv. Kirfen und beantragt Ertheilung der Decharge, welche gleichfalls gewährt wird.

Behufs Feststellung der Listen der Geschwornen und Schöffen wurden bisher drei Vertrauensmänner und Stellvertreter gewählt; das Königl. Landgericht hat jedoch den Wunsch ausgesprochen, daß vier Vertrauensmänner gewählt werden. Als solche werden vom Magistrat in Vorschlag gebracht: Kaufmann Bol. Leitgeber, Gerichtsketär A. D. König, Kaufmann Kupynski, Kaufmann Goldenring sen., und als Stellvertreter: Kaufmann Jerykiewicz, Oberlehrer Schmidt, Kaufmann B. Bengke, Kaufmann Mor. Victor. Nachdem Stadtverordneter Köstel hierüber berichtet hat, werden die Genannten gewählt.

Ueber die Niederschlagung des Schulgeldrestes für einen ehemaligen Schüler des städtischen Realgymnasiums berichtet Stadtverordneter Mükel. Danach hat der betreffende Schüler nicht das nach dem neuen Regulativ erforderliche Zeugniß erhalten, so daß ihm die bisherige Freischeule entzogen worden ist und er bereits am 23. Novbr. v. J. das Realgymnasium verlassen hat. Es handelt sich nun um die von ihm beantragte Niederschlagung des Schulgeldes für das letzte Quartal 1883, die von der Verammlung auch bewilligt wird.

Zum Vorsteher für den 15. Armenbezirk wird, nachdem Stadtverordneter König im Namen der Wahlkommission berichtet hat, Kaufmann Weiter, zum Armen-Deputirten Dr. Drowicki gewählt.

In Betr. der Bewilligung einer Subvention für die Vorsteherin der Gewerbeschule „Frauenschuß“ ist vom Magistrat an die Verammlung eine Vorlage gerichtet worden, welcher Folgendes zu entnehmen ist: Die Förderung der Erwerbsfähigkeit des weiblichen Geschlechts ist eine derjenigen sozialen Aufgaben, denen sich die Gegenwart nicht mehr entziehen kann. Die hie-

sigen städtischen Kollegien haben opferwillig ihre Theilnahme dadurch bewiesen, daß sie aus Anlaß der goldenen Hochzeit unseres Kaiserspaars eine Stiftung mit 6000 M. begründet haben, deren Zinsen im Interesse der Erwerbsfähigkeit der Frauen jährlich Verwendung finden. Den Mittelpunkt der dahin zielenden Bestrebungen bildet der Letzterverein in Berlin, aus dessen Veranlassung der hiesige „Frauenschuß“ errichtet worden ist. Magistrat möchte nun dieses Institut, welches aus solider Basis ruht und Tüchtige leistet, zu einer Fortbildungsschule für diejenigen Mädchen erweitern sehen, deren Ausbildung in weiblichen Handarbeiten, an unseren städtischen Schulen eifrig gepflegt, doch nicht ganz abgeschlossen und so gefördert werden kann, daß die in der Schule erworbene Fertigkeit sie in den Stand setzen könnte, die Mutter im Haushalte durch Uebernahme der häuslichen Arbeiten zu entlasten, oder gar durch sie für ihren eigenen Unterhalt mit erwerben zu können. Eine Schule, wie der „Frauenschuß“, welche die systematische Ausbildung der Mädchen zum Zwecke hat, und welche Handarbeitslehrerinnen auszubilden im Stande ist, ein Institut, woran es bisher in unserer Stadt und auch wohl Provinz fehlte, ist der ganz besonderen Beachtung der städtischen Behörden würdig, da es an geprüften Handarbeitslehrerinnen bei uns bisher ganz fehlte und demnach auch keine sichere Gewähr dafür vorhanden war, daß der Handarbeitsunterricht auch immer methodisch ertheilt werde. Der Magistrat richtet demnach an die Verammlung den Antrag dieselbe möge sich mit nachfolgenden Einrichtungen einverstanden erklären: 1) der Vorsteherin des „Frauenschußes“ wird eine Subvention von jährlich 750 M. vom 1. April 1884 ab zunächst auf drei Jahre gewährt, und postnumerando vierteljährlich gezahlt; 2) die Vorsteherin übernimmt die Verpflichtung, gegen Zahlung dieser Summe 30 Mädchen, die ihr von der städtischen Verwaltung überwiesen werden, gegen ein von den Mädchen noch extra zu zahlendes Schulgeld von monatlich 1.50 M. und 20 Pf. Rohlengeld während eines Jahres in den weiblichen Handarbeiten zu unterrichten und auszubilden; 3) die Ueberweisung der 30 Mädchen erfolgt auf Vorschlag der Rektoren aus der Zahl derjenigen Mädchen, welche die hiesigen städtischen Schulen besucht haben, in der I. Klasse mindestens ein Jahr verblieben sind, und einer besonderen Vergünstigung ebenso würdig, wie bedürftig erscheinen; 4) zur Auswahl der Mädchen, zur Ueberwachung des Unterrichts, zur Kontrolle darüber, ob der „Frauenschuß“ seiner übernommenen Verpflichtung genügt, wird eine Kommission eingeleitet, welche aus einem Magistratsmitgliede und zwei Stadtverordneten besteht. — Stadtv. Dr. Landsberger, welcher über diese Angelegenheit berichtet, empfiehlt den Magistratsantrag warm, und erklärt, das „Institut Frauenschuß“, sowie die persönliche Befähigung der Vorsteherin kennen gelernt zu haben. Es würde viel soziales Gland vermieden werden, wenn die Fähigkeiten und Kenntnisse der Mädchen in Handarbeiten erweitert würden. Es handle sich hier auch um keine eigentliche Subvention, sondern um Leistung und Gegenleistung. Die Rektoren der hiesigen Volksschulen hätten sich gleichfalls günstig für das Institut ausgesprochen, insbesondere auch insoweit, als durch dasselbe ein Stamm von Handarbeitslehrerinnen gewonnen werden würde; in Berlin existiren bereits viele solcher Bezirks-Fortbildungsschulen für Mädchen. Referent erklärt, nur insoweit mit dem Magistratsantrage nicht ganz einverstanden zu sein, als er die Subvention vorläufig nur auf zwei (nicht auf drei) Jahre gewährt wissen möchte. — An dieses Referat knüpft sich eine lebhafte Diskussion. Stadtv. Szapski beantragt Ueberweisung des Magistratsantrages an die Schulkommission, nicht jedoch später diesen Antrag zurück. — Stadtv. Dr. Rantowicz begrüßt die vom Magistrat beantragte Einrichtung als geeignete, die weibliche Erwerbsfähigkeit in unserer Stadt zu fördern. — Stadtv. Dr. Friedländer spricht sich für sofortige Bewilligung der Subvention aus und empfiehlt, bei der Auswahl der in der Anstalt zu unterrichtenden Mädchen alle Konfessionen zu berücksichtigen. — Stadtv. Kirfen ist für Ablehnung des Magistratsantrages, da es eine ganze Anzahl dergleicher Institute in unserer Stadt gebe, auch der „Frauenschuß“ mehr für gebildete Mädchen, nicht für Mädchen aus den Volksschulen sei, so daß letztere sich dort unbehaglich fühlen würden. Mehr würde es sich vielleicht empfehlen, würdigen und bedürftigen Mädchen zu ihrer Ausbildung in Handarbeiten eine Subvention zu gewähren. Ueberdies komme die Sache dadurch, daß 25 M. pro Mädchen und außerdem noch ein Schulgeld von 1 M. 50 Pf. monatlich zu zahlen sind, theurer zu stehen; weit billiger stellen sich die Sache diejenigen Mädchen, welche sich z. B. bei hiesigen Damen-Schneiderinnen „frei lernen“. — Bürgermeister Herse ist der Ansicht, daß diejenigen Mädchen, welche bei Schneiderinnen lernen, doch nicht so ausgebildet werden, wie im „Frauenschuß“. Für die Mädchen aus der Volksschulen werde es in sozialer Beziehung nicht unvortheilhaft sein, mit gebildeteren Mädchen in dem Institute in Verbindung zu kommen. Da die Kosten für die erste Einrichtung nicht unerheblich sind, so werde es sich empfehlen, die Subvention auf drei Jahre zu bewilligen. — Stadtv. Jädel spricht den Wunsch aus, daß bei der Auswahl besonders die Waisenmädchen berücksichtigt werden möchten, was Bürgermeister Herse auch zugesagt. — Stadtv. Fontane weist auf die mit der Handwerker-Fortbildungsschule gemachten Erfahrungen hin, für deren Besuch durch die Lehrlinge die Lehrherren resp. die Eltern der Lehrlinge jede, auch die geringste Ausgabe scheuen, und ist auch der Ansicht, daß in gleicher Weise, wie der Herr Minister für diese Schule, nachdem die Stadtgemeinde 300 Mark jährlich bewilligt, gleichfalls 300 Mark gewährt hat, so auch vom Herrn Minister event. für die Mädchen-Fortbildungsschule des „Frauenschußes“ 750 Mark ausgelegt werden würden. Er stelle demnach den Antrag, die 750 Mark dem „Frauenschuß“ zu bewilligen, jedoch unter der Bedingung, daß von der weiteren Zahlung eines Schulgeldes für die dem Institute seitens der Stadt zu überweisenden Mädchen Abstand genommen werde. — Stadtverordneter Mükel beantragt, die Angelegenheit nicht für sich einzeln, sondern bei der Stattsberatung zu behandeln und sie daher der Finanzkommission zur Vorberatung zu überweisen. — Stadtv. Dr. Busli empfiehlt im Anschluß an den Antrag des Stadtv. Kirfen, den einzelnen Mädchen Unterstützungen zu gewähren, und sie ihrer Ausbildung in Handarbeiten suchen zu lassen, wo sie wollen. — Bürgermeister Herse wendet hiergegen ein, daß auf solche Weise eine Kontrolle über die Fortschritte der Mädchen sich zu schwer werde erzielen lassen. Ob der Herr Minister 750 M. gewähren werde, sei sehr zweifelhaft, da bisher von einer Subventionierung der Frauen-Fortbildungsschulen durch den Staat noch nicht die Rede gewesen sei; die Vorsteherin des „Frauenschußes“ werde aber die ca. 600 M. Schulgeld von den 30 Kindern nicht entbehren können. Damit die Sache schon zum 1. April d. J. ins Leben treten könne, möge die Verammlung schon heute die Bewilligung der Subvention beschließen. Stadtv. Brodnić empfiehlt, die 750 M. zu gewähren, aber nicht als Subvention, da sonst mehr derartige Institute eine Subvention beanspruchen würden. Es wird hierauf der Antrag des Stadtv. Mükel, die Angelegenheit der Finanzkommission behufs Vorberatung des Etats pro 1884/85 zu überweisen, angenommen.

Die öffentliche Sitzung, an welche sich eine geheime schloß, erreiht hiermit 6½ Uhr Abends ihr Ende.

Telegraphische Nachrichten.

Dresden, 6. Febr. Die Leiche der Prinzessin Georg wird heute Abend 10 Uhr von dem prinzipal Palast nach dem Palast am Taschenberge übergeführt werden, während die Beisetzung in der Familiengruft in der katholischen Kirche am Freitag 7 Uhr Abends erfolgen soll. Das Hoftheater bleibt bis dahin geschlossen. Die offizielle Kondolenz wird morgen Nachmittag im Residenzschloß stattfinden. Es herrscht die tiefste Trauer, und fortwährend treffen Beileidstelegramme von den auswärtigen Höfen ein.

Produkten-Börse

Berlin, 6. Febr. Wind: W. Wetter: Trübe und milde. Wir können heute zu unserem Bedauern nichts anderes als neue Variationen des alten Themas „Geschäftsunlust“ bieten. Von bestimmt ausgeprägter Tendenz war dabei keine Rede. Loko-Weizen in feiner polnischer Waare besser beachtet. Für Termine gab es trotz der festen Pariser und ungarischen Berichte nur sehr wenig Kauflust, weshalb die gestrige Besserung bei leblosem Geschäft wieder verloren ging. In den auswärtigen Offerten haben wir Veränderungen nicht wahrgenommen. Loko-Roggen ging zu festen Preisen mäßig um. Mehrere nahe-schwimmende Ladungen russischer Waare wurden in Tausch gegen Frühjahr mit Aufgeld von Plasmühlen genommen. Trotzdem war im Terminverlehe die Haltung eher matt und stellten sich auch die Kurse für alle Sichten etwa 1/2 Mark niedriger, weil die in letzter Zeit auf-fallend zurückgehaltenen Offerten von der russischen Ostsee heute wieder in größerem Umfang, wenn auch nicht gerade rentabel, vorhanden waren und mehrfach Prämien-Abgaben vollzogen wurden. Ueberdies soll auch ein Dampfer Salonich per Februar-März a 128 1/2 M. cif Hamburg verschlossen sein. Rauschlich blieb: 116-117 Pfd. Febr.-März von Riga und Riga a 132 M., do. Königsberg (verzollt) a 141 M., Neval per Frühjahr a 134 M. cif Stettin. Safer in Loko gut behauptet. Termine matt. Roggenmehl unverändert. Mais still, Termine matt. Für Kübbel gab es nur geringe Nachfrage, das mäßigen Realis-ationen genügt, den Preis um 1/2 M. zu drücken. Petroleum bei stillem Verkehr preisbehaltend. Spiritus hat in effektiver Waare und Terminen eine gering-fügige Besserung erfahren, war aber sehr wenig belebt. (Amtlich.) Wetzen per 1000 Kilogramm loco 165-204 Mark

nach Qual. gelbe Bieferungsqualität 172,5 Mark, gelber märkischer — ab Bahn bez., udmärkischer ab Bahn bez., per diesen Monat — bez., per April-Mai 175,25-174,75 M. bez., per Mai-Juni 177,25 bis 177 M. bez., per Juni-Juli 179,05-179 M. bez., per Juli-August 181,25-181 M. bez., per September-Oktober — M. bez. — Durch-schnittspreis — M. — M. Gefündigt — Zentner. Roggen per 1000 Kilogramm loco 138-157 nach Qualität, Bieferungsqualität 148 M., russischer feiner 144,5 M. ab Bahn bez., mittel 146-147 ab Bahn bez., inländischer guter — M. ab Bahn bez., feiner 153-154 ab Bahn M. bez., klarer — bez., abgelauene Anmel-dungen — bez., per diesen Monat 148,5-148,25, per April-Mai 148,75 bis 148,5 M. bez., per Mai-Juni 148,75-148,5 M. bez., per Juni-Juli 149,5-149,25 bez., per Juli-August 150,25-150 M. bez. — Durch-schnittspreis — M. — Gefündigt 2000 Str. Gerste per 1000 Kilogramm große und kleine 130-200 M. nach Qualität bez., Brennergerste — M., Futtergerste — bez. Safer per 1000 Kilogr. loco 126-160 n. Qual., Bieferungsqua-lität 129 M., pomm. 138-142 bez., guter —, schlesischer 140-147 bez., per diesen Monat — M., preuß. 141-144 M. bez., russ. geringer 131 bez., guter 135-142 M. bez., feiner 141-148 M. bez., geringer — ab Bahn bez., per April-Mai 129,05-129,25 bez., per Mai-Juni 130 bis 129,75 bez., per Juni-Juli 130,5 bez., per Juli-August — bez. — Durch-schnittspreis — M. — Ründigungscheine — M. Erbsen Rohwaare 180-235, Futterwaare 158-172 M. per 1000 Kilogr. nach Qualität. Kartoffelmehl per 100 Kilogramm brutto inkl. Saft. Loko nach Qual. 22-23 M., per diesen Monat —, per Febr.-März und per März-April 21,05 M. bez., — M. Br., per April-Mai 21,75 bez., — M. Br., Mai-Juni 22,00 M. bez., per Juni-Juli —, Br., per Juli-August — M. Gd. Durchschnittspreis — M. Trockene Kartoffelstärke per 100 Kilogramm brutto inkl.

Sad. Loko 21,75 M., per diesen Monat 21,75 M., per Febr.-März und per März-April 21,05 M. bez., — M. Br., per April-Mai 21,75 M. bez., — M. Br., per Mai-Juni 22,00 M. Br., per Juni-Juli —, M. Feuchte Kartoffelstärke pro 100 Kilogramm brutto inkl. Saft. Loko 11,04 M., per diesen Monat 11,04 M., per Febr.-März und per März-April — Gd. — Durchschnittspreis — M. Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilogramm unverfeuert inklusive Saft per diesen Monat 20,25 M. bezahl, per Februar-März 20,25 M. bezahl, per April-Mai 20,45-20,45 bezahl, per Mai-Juni 20,50-20,55 bez. — Durchschnittspreis — M. Gefündigt — Str. Weizenmehl Nr. 00 26,50-24,75, Nr. 0 24,75-23,25, Nr. 0 u. 1 22,00 bis 20,00. Roggenmehl Nr. 0 22,25 bis 20,50, Nr. 0 u. 1 20,25 bis 18,50 M. Kübbel per 100 Kilogramm loco mit Fass — bez., ohne Fass — M., per diesen Monat — M. bez., per Februar-März — M. bez., per März-April — M., per April-Mai 65,3-65 M. bez., per Mai-Juni 65,4-65,1 bez., per September-Oktober 62 bez. Abgelauene An-meldungen — M. bez. Durchschnittspreis — M. Gefündigt — M. g. Petroleum, raffiniertes (Standard white) per 100 Kilogr. mit Fass in Posten von 100 Kilogr., loco — M., per diesen Monat 25,9 bez., per Febr.-März 25,4 M., per März-April — bez., per April-Mai — M. bez. — Durchschnittspreis — M. — Gef. — Zentner. Spiritus. Per 100 Liter a 100 pSt. = 10,000 Liter pSt. loco ohne Fass 47,5-47,4 M. bezahl, loco mit Fass — bez., Anmel-dungen —, mit leibwien Gebinden — bez., ab Speicher — bez., frei ins Haus — Mark per diesen Monat — bez., per Febr.-März 47,9 bis 47,7 bez., per März-April — M. bez., per April-Mai 48,3-48,4 M. bez., per Mai-Juni 47,7-48,8-48,7 bez., per Juni-Juli 49,4 bez., per Juli-August 50,3 bez., per Aug./Sept. 50,7 bez. — Gefündigt 20,000 Liter. Durchschnittspreis — M.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 6. Febr. Die heutige Börse stand unter dem Einfluß der weniger günstigen fremden Notierungen und eröffnete in wenig fester Haltung und mit wenig veränderten Kursen auf spekulativem Gebiet. Die Kurse setzten theilweise etwas niedriger ein, konnten sich aber weiterhin ziemlich behaupten und in der zweiten Hälfte der Börsezeit wohl auch etwas bessern. Die Spekulation hat sich sehr reservirt und Geschäft und Umsätze bewegten sich Anfangs in engen Grenzen. Später trat auch in dieser Beziehung theilweise eine Besserung ein. Gleich bei Beginn der Börse zeigten Franzosen und Lombarden festere Haltung, während andere Oesterreichische Bahnen schwach und besonders Elbethalbahn matt lagen. Der Kapitalmarkt erwies sich fest für heimische solide Anlagen, während fremde, festen Zins tragende Papiere der Haupttenbenz ent-sprechend eher etwas schwächer waren. Die Kassawerte der übrigen Geschäftszweige blieben ruhig bei meist ziemlich fester Haltung. Der Privatdiskont wurde mit 2 1/2 pSt. notirt. Auf internationalem Gebiet setzten Oesterreichische Kreditaktien schwächer ein, schlossen aber etwas besser und lebhafter.

Österreichisch-Ungarische Renten waren behauptet und still, Russische Anleihen vernachlässigt. Deutsche und preussische Staatsfonds hatten in fester Haltung mäßige Umsätze für sich! inländische Eisenbahn-Prioritäten waren theilweise gefragt. Banfaktoren waren ziemlich fest und ruhig; Diskonto-Kommandite Antheile fester, auch Deutsche und Darmstädter Bank etwas besser. Industrienpapiere fest und theilweise belebt, besonders Brauerei- und Maschinen- und Gesellschafts-Aktien; Montanwerte ziemlich fest und ruhig. Inländische Eisenbahn-Aktien wenig verändert und ruhig.

Unrechnungs-Sätze: 1 Dollar = 4,25 Mark. 100 Frank = 80 Mark. 1 Gulden österr. Währung = 2 Mark. 7 Gulden südd. Währung = 12 Mark. 100 Gulden holl. Währung = 170 Mark. 1 Mark Banco = 1,50 Mark. 100 Rubel = 320 Mark. 1000 Lire Sterling = 20 Mark.

Table with multiple columns: Wechsel-Kurse, Anleihe-Fonds, Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäten-Aktien, Berlin-Dresd. v. St., Oest. u. B. (Elbeth.), Nordb. Ban, Industrie-Aktien, Dividende pro 1882, Bank-Aktien, Dividende pro 1882. Includes various financial instruments and their market values.